



Wittekindstraße 31
50937 Köln
Mobil: +49 171 362 16 97
Fax: +49 221 420 06 41
wolf-georg.rohde@wgr-beratung.de
www.wgr-beratung.de
USt-ID-Nr. DE351159001

Köln, 05.05.2024

WGR-Aktuell Mai 2024

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

selten haben wir eine Situation erlebt, bei der sich nahezu jede politische Debatte um die Wirtschaft dreht, genauer um deren schlechten Zustand. Das ist doch mal etwas: Alle Parteien, Gewerkschaften und Verbände sind sich nahezu einig, dass Deutschland nach mehr als zwei Jahrzehnten mal wieder der kranke Mann Europas ist. Soviel Aufmerksamkeit genießt die Wirtschaft selten. Noch besser ist, dass parteiübergreifend politischer Handlungsbedarf gepredigt wird. Es besteht allenthalben Konsens, dass der Wirtschaft geholfen werden muss.

Konsens ist auch, dass die Bürokratie ein ernsthaftes Hindernis in Deutschland darstellt. Die Politiker, die gerne nach neuen Regeln im Sinne von Vorschriften rufen, haben derzeit keine gute Karten und das ist auch gut so. Besonders beim Ausbau der Klimawende wurde jedem klar, dass nicht nur misstrauisch beäugte Vorhaben behindert werden sondern eben auch sinnvolle. Das fängt mit überzogenem Naturschutz an. Wo in einem zerfallenen Schuppen eine Fledermaus heimisch ist, kann keine Fabrikhalle gebaut werden, aber eben auch kein Windrad. Und Genehmigungsverfahren brauchen die Mitwirkung hunderter Stakeholder und vieler Hierarchiestufen. Wenn sich dann noch der Datenschutz einschaltet, wird aus den Behördengängen über 5 Etagen ein Labyrinth.

So sollte das Machen gegenüber dem Verhindern, pardon Regulieren, auf dem Vormarsch sein. Wir dürfen gespannt sein, welche Fortschritte wirklich erreicht werden und hoffen, dass das Steuerrecht kein Vorbild ist. Da werden hochkomplexe Regeln, wenn sie falsch sind, nicht abgeschafft, sondern um Komplexitäten erweitert. Wir haben mit unseren Erfahrungen nicht wirklich die Hoffnung, dass sich dort etwas Grundsätzliches ändert. Obwohl gerade die Kompliziertheit des Steuerrechts und dessen Belastungshöhe Investoren abschrecken, inländische wie ausländische. Nicht mal den Solidaritätszuschlag bekommt der Finanzminister trotz aktivem Wollens gekillt, weil dessen Abschaffung von seinen Gegnern innerhalb und

außerhalb der Regierung in völliger Unkenntnis seiner Belastungswirkungen als Reichensubvention diskreditiert wird. So wird aus der Sonderbelastung zugunsten des Wiederaufbaus eines sozialistischen Staatsbankrotts eine sozialistisch begründete vorgebliche Reichensteuer mit Dauerhaftigkeit.

Konsens in der Regierung ist wiederum, dass wirtschaftliche Impulse durch politische Entscheidungen gesetzt werden sollen. Der Finanzminister will in die Breite gehen, Rote und Grüne möchten staatliche Investitionen in Großprojekte. Da Letztere richtig knallen sollen, also teuer sind, wird zugleich ein Wegfall der Schuldenbremse gefordert. Was sagt die CDU-Opposition dazu? Sie gefällt sich in der Aussage, dass die Ampel alles falsch macht und wartet erst mal ab, was die Ampel falsch entscheidet, falls sie etwas entscheidet.

Derweil fragen sich deutsche Unternehmer, was sie von solch gegensätzlichen Forderungen zu halten haben. Sie wünschen sich weniger Bürokratie, ein deutlich weniger kompliziertes Steuerrecht und auch eine geringere Steuerbelastung. Der Wegfall des anachronistischen Solis wäre ein hoffnungsfroher Anfang. Eine geringere Belastung der Unternehmenssteuern könnte erhebliche Kräfte freisetzen. Dann benötigt man auch keine Spielereien mit degressiven Abschreibungsmöglichkeiten.

Was der typisch deutsche mittelständische Unternehmer üblicherweise nicht fordert, sind direkte Subventionen, z.B. Investitionszuschüsse. Ein solcher Ruf wird erst laut, wenn man etwas produzieren will oder soll, das teurer in der Herstellung ist als es die Marktpreise hergeben. Das war z.B. bei der Solarindustrie so. Die deutsche Politik hat sich aus guten Gründen dagegen gewehrt, eine nicht konkurrenzfähige Branche zu stützen. In einer freien Wirtschaft müssen sich die Geschäftsmodelle in der realen Welt des Wettbewerbs beweisen. Dauerhafte Subventionen führen am Ende zu Staatsbetrieben, die konkurrenzlos sind und verwaltet werden. Die Steinkohleindustrie ist so ein Beispiel und auch das Gesundheitswesen zeigt aus ganz anderen Gründen, weshalb der Staat kein guter Unternehmer sein kann.

Obwohl deutsche Unternehmer keine großen Subventionen fordern, werden sie von Teilen der Ampel propagiert. Sollen Denkmäler gesetzt werden? Sicher – die Ansiedlung von Großkonzernen ist publikumswirksam und vermag Impulse zu setzen. Mittelfristig müssen derartige „Retortenbetriebe“ im Wettbewerb bestehen, sonst ist es rausgeschmissenes Geld. Das Geld ist auch rausgeschmissen, wenn eine sich rechnende Investition in Sinne eines willkommenen Mitnahmeeffekts subventioniert wird.

Oder will man die Großbetriebssubventionen von Bedingungen abhängig machen um staatliche Lenkungs politik durchzusetzen? „Gut“ heißt ja und „böse“ nein in Ausprägungen, die dem Wähler klientel passen? Dann wäre das die Vorstufe einer lenkungsorientierten Wirtschaftspolitik. China kann das, Deutschland nicht.

Oder ist da ein Reflex auf alte Volkswirtschaftstheorien festzustellen? War da was mit Keynesianismus (John Maynard Keynes, 1883-1946)? Dieser britische Volkswirt wird gerne darauf reduziert, dass eine Konjunkturschwäche durch staatliche Investitionen überwunden werden soll. Diese Theorie wird geradezu Mantra mäßig von den Linken aufgegriffen, so auch in der derzeitigen Debatte.

Wir wollen den Gedanken mal aufgreifen. Ja, der Staat könnte Impulse setzen und höchst sinnvoll investieren! Z.B. in die Infrastruktur der Bahn und des Straßennetzes. Deren Ausbau

hilft allen, Unternehmen wie Bürgern und erleichtert das Investieren. Digitalisierung und einheitliche Behördenprozesse, egal ob im friesischen Leuchtturm oder auf der bayerischen Alm, wären auch höchst sinnvoll.

Es bleibt so oder so die Frage, woher das Geld kommen soll. Eine Finanzierung, sei es aus der Minderung der Schuldenbremse oder als Sondervermögen ist jedenfalls wenig nachhaltig bei Großkonzernsubventionen aber großartig für Nachfolgenerationen, wenn sie der Infrastruktur dienlich sind.

Wir wünschen dem Mai, dass er in alter Tradition unsere Stimmung landesweit aufzuhellen verhilft.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Redaktionsteam WGR-Aktuell